„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.

Der Bezugspreis für die an jedem Mittwoch erscheinende Ausgabe von 12 bis 24 Seiten beträgt jährlich $2.50 bei Vorausbezahlung. Verlandpreis nach dem Auslande $3.50.

Man schreibe an den „Courier", 1835 Halifax Str., Regina, Sask., oder komme persönlich in unsere Geschäftsräume und Druckerei: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen

Anzeigen haben den größten Erfolg. Nachweislich 19,407 Leser.

Anzeigenraten auf Verlangen mitgeteilt.

Der Courier

Organ der deutsch sprechenden Canadier

"THE COURIER"
IS THE LEADING CANADIAN PAPER IN THE GERMAN LANGUAGE.

Subscription price for the regular issue of from 12 to 24 pages, appearing every Wednesday, $2.50 yearly in advance only.

Address: "The Courier", 1835 Halifax Str., Regina, Sask., or call at our offices and printing plant, 1835-1837 Halifax St. Regina, Sask.

"Ads" are always successful, as "The Courier" is by far the best medium to reach the many thousands of prosperous German-Canadians in cities and country districts throughout the Canadian West.

German-speaking farmers are progressive and possess an enormous buying power. You want this trade! Advertise in "The Courier". Sworn Circulation 19,407 paying Subscribers. Advertising rates on application.

16. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 13. Juni 1923 | 12 Seiten | Nummer 31

Weitere Schandtaten im Ruhrgebiet

Französischer Posten erschießt 7 jährigen Knaben

Berlin, 12. Juni. — Die lange Liste der Schandtaten der Franzosen im Einbruchs-Gebiet ist um einen weiteren Fall brutaler Gewalt verlängert worden. Diesmal handelt es sich um Kindesmord. Ein sieben Jahre alter Knabe ist erschossen worden, und dies unter Umständen, welche die Bestialität der Einbrecher in ihrer ganzen Schrecklichkeit deutlich machen. Auf der Rheinwiese bei Düsseldorf spielte eine Schar von Kindern, unter diesen der sieben Jahre alte Hans Hermes. Am Rande der Wiese stand ein Franzose auf Posten. Die Kinderschar geriet im Laufe des Spieles in dessen Nähe und einz rief ihm zu: „Nix Brot!" Der Franzose empfindet diesen Zuruf als Beleidigung und gerät in Wut. Er ladet sein Gewehr, während die Kinder weiter spielen, und gibt in einer Entfernung von nur drei Metern auf sie Feuer. Der kleine Hans Hermes stürzt tot zu Boden. Die Kugel hatte seinen Kopf tatsächlich zerschmettert.

Auf das Schreckensgeschrei der Kinder strömen Leute herbei. Das tote Kind und der Franzose mit dem Gewehr in der Hand erklärt ihnen die Situation. Sie stürzen sich auf den Mordbuben, und es wäre um ihn geschehen gewesen, wenn nicht in diesem Augenblick deutsche Polizei am Tatort erschienen wäre. Diese entreißt den Franzosen der bis zur äußersten Wut entflammten Volksmenge und übergibt ihn einem französischen Gendarm, der ihn verhaftet. Nach einer anderen Lesart, die sich indessen im Grunde mit der obigen vollständig deckt, hatte der kleine Hermes durch ein Fenster des Wachhauses, in welchem der Posten sich befand, geguckt und diesen im Spaß um ein Stück Brot gebeten. Als der Junge der Aufforderung des Postens, vom Fenster fortzugehen, nicht alsbald Folge leistete, schoß der Franzose ihn nieder.

Auch in dieser Lesart bleibt die Bestialität die gleiche. Man ist hier darauf gespannt, was wohl die Franzosen mit diesem Kindesmörder tun werden. Was die Welt dazu sagen wird, darnach fragt man nicht mehr. „Die Welt", so sagte ein hiesiger Beamter, mit dem ich den schrecklichen Vorfall auf der Rheinwiese besprach, „scheint sich die Auffassung Clemenceaus, daß es 20 Millionen Deutsche zu viel auf der Erde gäbe, zu eigen gemacht haben." Voller Ironie und Verzweiflung fügte er hinzu: „Wieder einer weniger. Wieder eine deutsche Zukunfts-Gefahr gescheucht!"

„Unfall", sagen die Franzosen

Düsseldorf, 12. Juni.—Von den Franzosen wird konstatiert, daß der Knabe Hermes, welcher von einer Kugel getötet wurde, durch einen Unfall ums Leben kam. Die Kugel, welche ihn traf, kam aus der Flinte eines französischen Soldaten, der sie reinigte. Der Soldat wird wegen fahrlässiger Tötung vors Kriegsgericht gestellt werden, weil er vernachlässigt hat, die Patrone aus dem Gewehr zu nehmen, ehe er begann, es zu reinigen.

Fünf deutsche Kinder seit der Ruhrbesetzung getötet.

Berlin, 12. Juni. — Wie „Die Zeitung" meldet, sind seit Besetzung des Ruhrgebietes fünf deutsche Kinder im Alter von 7 bis 16 Jahren von den Eindringlingen erschossen oder anderweitig getötet worden. Zwei der Opfer waren junge Mädchen.

Heimatlose Kinder aus dem Ruhrland

Berlin, 15. Juni. — Die Zahl der Ausgewiesenen und Flüchtlinge aus dem französischen Einbruchsgebiet der Ruhr schwillt immer höher an.

Ein förmlicher Strom von Menschen ergießt sich nach Köln. Schon ist es ein Ding der Unmöglichkeit geworden, für diese riesige Schar von Heimatlosen auch nur vorübergehend, bis ihre Verteilung über ganz Deutschland geregelt ist, Unterkommen zu schaffen.

Der letzte Zuzug der Vertriebenen hat 126 Kinder mitgebracht, unter diesen 67 im Alter von nicht einmal vier Jahren.

Krupp-Gießereien besetzt

Neuwied, 12. Juni. — Die Franzosen haben zwei Kruppsche Gießereien besetzt, die eine in Neuwied, die andere in Mühlhofen bei Engers. Der französische General, welcher die Besetzung vornahm, erklärte nach halboffiziellen deutschen Mitteilungen, daß dieses Vorgehen dazu dienen soll, die 20 Milliarden Mark in Kohlensteuern, welche das Essener Bureau der Krupp nicht bezahlte, zu kollektieren. Er fügte hinzu, die Gießereien würden auf Auktion verkauft werden, wenn das Geld nicht bezahlt werde.

Weitere 73 Millionen Dollars

Vorschuß für die Canadischen Nationalbahnen.

Im Dominion Parlament wurden den Canadischen Staatsbahnen im Verlaufe der letzten Woche wieder 73 Millionen Vorschuß bewilligt, da die Bahn immer noch nicht auf einer „zahlenden" Basis ist. Zu Ende der Debatte, die lang und eingehend war, entschied sich das Parlament dahin, daß Sir Hy. Thornton, der Präsident der Bahnen und sein Direktorium, das Vertrauen des canadischen Volkes genießen solle, solange sie dies Vertrauen nicht gröblich verletzen.

Die Hauptdebatte drehte sich um den Kauf des Hotels Scribe in Paris, das die Canadischen Staatsbahnen zu ihrer europäischen Zentrale zu machen gedenken. Der Kauf war ein indirekter, indem New Yorker Geldleute die Transaktion eigentlich machten und die Canadischen Bahnen dann 2 Millionen Dollars deponierten, um das Hotel für ihre Zwecke zu sichern. Es heißt, daß es noch 600,000 Dollars kosten wird, das Hotel umzuändern, um als Geschäftsgebäude der Staatsbahnen benutzt zu werden.

Oppositionsführer Hon. A. Meighen sagte, der Handel sei völlig außerhalb der Gerechtsame des Präsidenten. Eine solche Summe für solchen Zweck müsse von seiten des Parlaments bewilligt werden, aber Sir Henry Thornton sei ganz auf eigene Faust und eigenes Risiko vorgegangen.

Hon. W. R. Motherwell erklärte sich gegen Meighen und meinte, letzterer sei gegen den Handel und gegen Sir Henry, weil er fürchtete, dieser werde die Bahn besser leiten und verwalten als seinerzeit die konservative Regierung unter Meighen. „Die Regierungsbahn der letzten Regierung war sozusagen ein „dummer Witz". Ich stehe ganz hinter Sir Henry. Die Zukunft Canadas hängt von dem Erfolg der Staatsbahnen ab," sagte Motherwell.

Meighen wurde sehr scharf in seinem Angriff auf Sir Henry Thornton und sagte, der ganze Handel sehe verdächtig aus. Ein Mann namens Aronovici hatte den Auftrag bekommen, ein Grundstück in Paris zu kaufen. Dann sei ein Syndikat in New York gebildet worden, um es zu übernehmen. Die betrübende Tatsache sei dies, daß Geld des canadischen Volkes ohne Recht und Gerechtsame genommen und in ein Hotel in Paris gesteckt sei. „Das ist ein Skandal und eine Schande und Sir Henry hätte sofort Rechenschaft geben sollen" — rief Meighen aus. Welch ein Recht hätte Sir Henry, canadisches Geld zu nehmen, das ihm nicht gehört, und 2 Millionen Dollars dazu zu verwenden, die canadischen Staatsbahnen auf die „Main Street" von Paris zu bringen — Sei es nicht besser, die Bahn auf die „Main Street" in Canada zu bringen?"

Premier-Minister Hon. W. L. Mackenzie King war anderer Ansicht. Er meinte, als Sir Henry die Bahnleitung übernommen habe, habe man ihm garantieren müssen, daß die Bahn frei bleiben müsse von politischem Einfluß. Sir Henry wisse, daß die Canadian Pacific Bahn sozusagen die einzige canadische Bahn sei, die man in Europa kenne und diese habe erstklassige europäische Office Gebäude. Der Präsident der Staatsbahnen hätte das Hotel in Paris erstanden, um Europa zu zeigen, daß es auch andere Bahnen in Canada gebe, Bahnen, die mit der C. P. R. in Konkurrenz stehen. Sir Henry und die Direktoren seien der Regierung verantwortlich, das wüßten sie und darum habe die Regierung keinen Grund zur Einmischung gehabt. Die Regierung sei bereit, Sir Henry's Handlungsweise gutzuheißen. Er sei für die Bahn und ihren Erfolg verantwortlich und man müsse ihm dieselben Gerechtsame geben, wie z. B. die Aktien-Inhaber der C. P. R. Bahn dem Präsidenten Beatty.

Nach dieser Erklärung wurde die rechtskräftig anerkannt. Handlungsweise Sir Henry's als

Neuer Dampfer des Nordd. Lloyd macht am 21. Juni Jungfernfahrt nach New York

Bremerhaven, 12. Juni. — Der neue Passagierdampfer München des Norddeutschen Lloyd kam gestern aus Swinemünde, wo er gebaut wurde. Das Schiff, 13,325 Tonnen, macht am 21. Juni seine erste Fahrt nach New York. Als die München an der Stätte der Schlacht von Skagerack vorüberfuhr, wurden ihre Fahnen auf Halbmast gezogen. Schiffsoffiziere, Gäste und Besatzung beteiligten sich an einer Gedächtnisfeier für die deutschen Seeleute, welche in der Schlacht gefallen sind.

Zwei bedeutsame Prohibitionsentscheidungen in den Ver. Staaten

Lansing, Mich., 12. Juni. — Eine bedeutsame Entscheidung über die Auslegung des Prohibitionsgesetzes in der Wohnung hat das Staatsobergericht von Michigan gefällt. Das genannte Gericht stieß ein Urteil der unteren Instanz um, durch welches ein gewisser George Hertz von Ottawa County, Mich., schuldig befunden war, eine Quantität Heimbräu im Keller seines Hauses gehabt zu haben, wovon die Beamten durch Angeberei Wind bekommen hatten. Das Obergericht entschied, daß die Prohibitionsbeamten keinen Hausuchungsbefehl erhalten können, trotzdem sie wissen, daß sich Spirituosen in einem Hause befinden, wenn sie nicht beweisen können, daß solche dort verkauft oder fabriziert werden. Und weil dies in dem Falle von Geo. Hertz nicht zutraf, wurde derselbe freigesprochen. Die Entscheidung letzte ferner klar, daß ein Suchbefehl für eine Privatresidenz nur aus drei Gründen ausgestellt werden könne. Erste's, auf die Angabe hin, daß es ein öffentliches Lokal sei; zweitens, daß dort in ungesetzlicher Weise Spirituosen hergestellt würden, und drittens, daß dort verbotene Verkäufe vorkämen. Diese Beschränkungen wurden aufgestellt, um die Heiligkeit des Heims zu wahren, welche nicht durch eine zu lose Auslegung des Gesetzes gefährdet werden sollte, so lautet die Erklärung des Obergerichtes.

Madison, Wis., 12. Juni. — Das Wisconsiner Staatsobergericht erließ vor kurzem eine wichtige Entscheidung, wonach Prohibitionsbeamte kein Recht haben, irgend eine Person, die sie im Verdacht haben, das Prohibitionsgesetz zu übertreten, zu durchsuchen, ohne sich zuvor einen Suchbefehl zu verschaffen. Oberrichter Vinje, bei der Entscheidung verfaßte, erklärte folgendes: „Da es nicht ungesetzlich ist und zwar weder ein Vergehen noch ein Verbrechen, eine Flasche im Besitz zu haben, kann die Durchsuchung nicht auf den Grund hin gerechtfertigt werden, daß die durchsuchte Person einen ungesetzlichen Akt beging und deswegen gesetzlicher Weise durchsucht werden durfte."

Letzte Nachrichten

Ottawa. — Das Parlament ist nunmehr in seine neunte Sitzungswoche eingetreten und noch immer ist kein Ende in Sicht; die Vertagung dürfte nicht vor Mitte Juli erfolgen.

Paris. — Frankreich steht der veränderten Lage in Bulgarien, wo die Regierung durch einen Staatsstreich mit Hülfe von Reserveoffizieren und der aktiven Armee unter der Führung des Universitätsprofessors M. Zankoff in unblutiger Revolution abgesetzt wurde, mit größtem Mißtrauen gegenüber. Man behauptet hier, daß das neue Regime in Sofia das Wiedererstarken des pro-deutschen Elements bedeute, deren Führer bei dem Umsturz hervorragend mitwirkten. Diese Männer seien anti-serbisch. M. Zankoff ist der neue Premier Bulgariens.

Berlin. — Fünf Zivilisten wurden von französischen Soldaten in Dortmund erschossen und einer schwer verletzt. Am Samstag wurden zwei französische Offiziere von unbekannten Tätern erschossen und verhafteten die französischen Militärbehörden den Bürgermeister Fluhme und den Polizeikommissar Martinus. Die deutschen Behörden von Dortmund haben eine Belohnung von 5 Millionen Mark auf die Ergreifung der Täter ausgesetzt. Weitere Einzelheiten fehlen noch.

London. — Die österreichische Anleihe in Höhe von 11,000,000 Pfd. Sterling, welche die Bank von England aufzubringen unternahm, hat von seiten des investierenden Publikums eine derart günstige Aufnahme gefunden, daß die ganze Summe bereits drei Tage vor dem Schlußtermin gezeichnet war.

Wien. — Kanzler Seipel erklärte, daß eine garantierte Anleihe an Oesterreich in Höhe von etwa $174,000,000 aus allen Quellen nunmehr gesichert wäre. Nach Rückzahlung gemachter Anleihen würden Dr. Zimmermann noch $75,000,000 für die nächsten 18 Monate zur Verfügung stehen.

London. — Die britische Regierung sieht in der letzten deutschen Note einen gewaltigen Schritt zur Beilegung des Reparations-Problems und nutzt alle seine Macht aus, Premier Poincare zu bewegen, von seinem hohen Roß herabzusteigen.

Verhältnisse in Canada günstiger als in den Ver. Staaten.

So berichtet Abgeordneter McConica von Süd-Battleford.

Ottawa, 12. Juni. — „Obwohl die landwirtschaftlichen Verhältnisse in West-Canada zur Zeit nicht sehr rosig sind, so sind sie doch bei weitem besser als in den Vereinigten Staaten," sagte Herr T. J. McConica, Vertreter für Süd-Battleford im Dominion-Parlament, der soeben von einer Besuchsreise nach seinem Heimatsstaat Ohio hierher zurückkehrte.

„Die Landwirtschaft im Süden liegt sehr darnieder," sagte Herr McConica. „Farmen, wie kaum bessere im Staate Ohio gefunden werden können, liegen verödet, weil keine Pächter gefunden werden können, die willens sind, die hohen Steuern für Benutzung des Landes zu bezahlen. Geld scheint indeß genügend vorhanden zu sein für Anlagen in zinstragende Unternehmungen. Das Baugewerbe, besonders in den Städten, steht in fieberhafter Blüte. Unerhörte Löhne werden gezahlt für Bauarbeiter und Mechaniker sowie höchste Preise für Baumaterialien. Arbeiter aus allen Richtungen strömen in die Städte und diese Lage kann nicht mehr lange anhalten.

„Während die Verhältnisse im canadischen Westen nicht gerade rosig sind," fuhr Herr McConica fort, „so erscheint es mir nach eingehendem Studium der Verhältnisse in beiden Ländern, daß wir hier bedeutend besser gestellt sind als die Farmer in den Ver. Staaten. Unsere Unkosten sind nicht so hoch, unsere Steuern niedriger, Arbeiter sind nicht so schwierig zu bekommen, und unsere Einnahmen sind gerade so gut, wenn nicht besser. Einige unserer Leute sind nach den Ver. Staaten gezogen und sie mögen auch wohl einige Zeit dort verbleiben. Aber — und ich sehe es kommen — sie werden bald wieder zurückkehren nach West-Canada.

„Während die Landwirtschaft zeitweise etwas darniederliegt und in der Zwischenzeit das Baugewerbe künstlich in die Höhe getrieben wird, so mögen wir uns auf eins doch unbedingt verlassen, nämlich: daß die Landwirtschaft schließlich wieder triumphieren wird, wenn das jetzige Baufieber abgeflaut ist, und daß diejenigen, die auf ihrem Schiff aus- und durchhalten, schließlich einen sicheren Ankerplatz finden werden.

„Die Farmer, mit welchen ich sprach, äußerten sich auch sehr unzufrieden darüber, daß junges canadisches Farmvieh durch den jetzigen Tarif aus den Ver. Staaten ferngehalten wird. Sie wünschen alle, daß unser canadisches Farmvieh zollfrei nach den Ver. Staaten hereingelassen werde, und sie glauben, daß dies erreicht werden könne, wenn von canadischer Seite genügend stark hierfür agitiert werde. Sie haben Korn und Alfalfa in Hülle und Fülle, aber nicht genügend Weideland, um junges Vieh zu züchten, das ihr Futter verkonsumieren könnte."

Anti-französische Demonstration in Saarbrücken

Straßburg, 12. Juni. — Bei der feierlichen Grundsteinlegung einer katholischen Kirche in Saarbrücken kam es zu einer starken antifranzösischen Demonstration, an der sich an 70,000 Personen beteiligten. Der hochgest. Bischof von Trier und zwei andere deutsche Bischöfe wohnten der Feier bei. Nach Beendigung der Festlichkeit versammelte sich die Menge in allen zur Verfügung stehenden Sälen der Stadt und nahmen einstimmig Beschlüsse an, durch welche sich alle gegen die Gründung einer separaten Saardiözese und die Bestallung eines neuen Bischofs erklärten. Die Menge brachte ferner ihre Treue zum alten Deutschland und den überlieferten deutschen Traditionen zum Ausdruck.

Deutscher Chemiker mit neuen Erfindungen in New York gelandet

New York, 12. Juni. — Dr. Henry Beck, ein deutscher Chemiker, welcher während des Krieges das Verkleidungssystem für große Geschütze erfunden haben soll, traf heute auf dem Dampfer „Orbita" hier ein. Er brachte zwei neue Metall-Verbindungen und eine Maschine zum Schreiben von Wandelbilder-Titeln mit sich; alle drei von diesen Erfindungen stammen von Mitgliedern des Berliner Erfinder-Instituts. Er sagte, eine deutsche Organisation sei gebildet worden, um Kriegszeit-Erfindungenn zu patentieren, mit der Absicht, dieselben in fremden Ländern, namentlich den Vereinigten Staaten, zu produzieren.

Deutschland ist gewillt, Eisenbahnen zu verpfänden

Wortlaut des neuen deutschen Anerbietens

Berlin, 12. Juni. — Deutschlands ergänzende Reparations-Note, welche den Entente-Mächten und den Ver. Staaten übermittelt wurde, sieht jährliche Zahlungen im Betrage von 1,200,000,000 Goldmark (etwa 300,000,000 Dollars) vor, falls nicht sofort eine internationale Anleihe zur Abtragung der Verbindlichkeiten ermöglicht werden kann.

„Mit den jährlichen Zahlungen soll 1927 begonnen werden und deren Zahl und Höhe soll von der Rehabilitierung Deutschlands abhängen. Die Note erklärt, daß zu einer praktischen Lösung des Reparations-Problems eine möglichst bald einzuberufende Konferenz, in der Deutschland gleichberechtigte Vertretung haben müsse, absolut nötig sei. Das Dokument ist kurz und bündig abgefaßt und beleuchtet nur jene Punkte, über welche die Alliierten mehr Aufklärung verlangt hatten. Die politische Lage, die Ruhrbesetzung und die Frage des passiven Widerstandes werden mit keiner Silbe erwähnt. Es werden auch keine Bedingungen gestellt, unter denen Deutschland die jährlichen Zahlungen leisten soll.

„In der Note versichert Deutschland von neuem, daß es ernstlich bemüht sei, den Wiedergutmachungs-Verpflichtungen zu genügen und spricht nochmals die Ueberzeugung aus, daß das Problem einer unparteiischen Untersuchung unterworfen werden sollte, und daß sich Deutschland der Entscheidung, die solcher Untersuchung folgen würde, fügen werde. Als Garantie für die jährlichen Zahlungen verpfändet die deutsche Regierung die Staatsbahnen, die mit 10,000,000,000 Goldmark (ca. 82,500,000,000) kapitalisiert werden sollen, sodaß sie einen jährlichen Zinsertrag von 500,000,000 Goldmark abwerfen. Weitere 10,000,000,000 Goldmark sollen durch eine 5prozentige Goldbonds-Hypothek auf Fabriken, Ackerbaulandereien und Schiffe, sowie Gold-Obligationen der Banken und privaten Grundbesitz gesichert werden.

Diese Methode würde jährlich 500,000,000 Goldmark abwerfen. Die restlichen 200,000,000 Goldmark im Jahr sollen durch erhöhte Zollgebühren auf Luxuswaren und durch Schaffung eines Tabak- und Getränkemonopols aufgebracht werden.

Text der deutschen Note.

Der Text der Note Deutschlands an die Alliierten lautet wie folgt:

„Nach gründlicher Ueberlegung hat Deutschland angegeben, bis zu welcher Grenze es imstande ist, Reparationszahlungen zu leisten. Die deutsche Regierung würde nicht ehrlich handeln und die Lösung der Frage nicht beschleunigen, wenn sie zur temporären Erleichterung ihrer politischen Schwierigkeiten versprechen würde, was das deutsche Volk trotz ernsten Strebens nicht halten kann.

„Trotzdem ist Deutschlands Leistungsfähigkeit eine Frage, über die man verschiedene Ansichten hegen kann, und die deutsche Regierung gesteht zu, daß es schwierig ist, unter den obwaltenden Umständen zu einem Schluß zu kommen. Deshalb ist Deutschland bereit, sich der Entscheidung einer unparteiischen internationalen Kommission bezüglich des Betrages und der Zahlungsmethoden zu fügen. Deutschland konnte keinen besseren Beweis seiner Bereitwilligkeit, seinen Verpflichtungen nachzukommen, liefern, als diese Offerte.

„Die deutsche Regierung ist ferner bereit, jede erwünschte Auskunft zu erteilen, um die Kommission in den Stand zu setzen, die Zahlungsfähigkeiten des Landes zu beurteilen. Wenn es gewünscht werden sollte, wird die Regierung Einblick in alle Finanz-Akten gewähren und alle erwünschte Auskunft erteilen.

„Die deutsche Regierung hat Anleihelungen auf große internationale Anleihen gemacht, damit große Kapitalien sobald als möglich den Nationen, die Reparationen zu fordern haben, zur Verfügung gestellt werden können. Sollten solche große Anleihen zeitweise unpraktisch erscheinen, ist die Regierung bereit, an Stelle derselben jährliche Zahlungen einzuführen.

„Da die Regierungen der Alliierten Wichtigkeit auf Garantien gelegt haben, werden die folgenden Vorschläge unterbreitet:

„Das Bahnsystem des deutschen Reiches mit allem Zubehör soll von anderem Staatseigentum getrennt und als ein separater Fonds behandelt werden, um separat verwaltet zu werden, auf den Hypotheken von 10,000,000,000 Goldmark zu 5 Prozent ausgestellt werden sollen, um eine jährliche Zahlung von 500,000,000 Goldmark zu sichern.

„Um die fernere Zahlung von 500,000,000 Goldmark pro Jahr vom 1. Juli 1927 ab zu sichern, wird die Regierung die ganze Industrie, den Handel, die Banken, die Verkehrsmittel und die Landwirtschaft mit 10,000,000,000 Goldmark auf Grundeigentum, Gebäude, Land und Waldungen, belasten, und der jährliche Ertrag von 500,000,000 Goldmark wird entweder indirekt durch Steuern, oder direkt als Abbezahlung auf die Hypothek erhoben werden.

„Außerdem verpfändet die Regierung die Einfuhrzölle auf alle Waren, die nicht zum Lebensunterhalt nötig sind, keine Steuer auf Bier, Tabak, Wein, Zucker und auf die Einnahmen eines Spirituosenmonopols. Diese Einnahmen belaufen sich in normalen Zeiten vor dem Kriege auf 800,000,000 Mark; ihr Ertrag ist aber seit dem Verlust an Gebieten und Einwohnern und infolge des verringerten Konsums auf ein Viertel der Summe herabgesunken, dürfte aber nach der wirtschaftlichen Rehabilitierung Deutschlands wieder zunehmen.

„Zum Schluß glaubt die deutsche Regierung Gewicht auf die folgende Tatsache legen zu müssen:

„In einer so wichtigen und komplizierten Sache können durch den Austausch geschriebener Dokumente keine wirklichen Fortschritte gemacht werden, sondern nur durch Gedankenaustausch am Konferenztische. Die Zahlungsfähigkeit Deutschlands hängt von der Lösung des ganzen Problems ab. Eine Methode der Zahlung kann nur durch direkte Beratungen mit denen, die Zahlung erhalten sollen, vereinbart werden. Die Garantien können in ihren Einzelheiten nur durch Zusammenwirken mit denen, die direkt in Betracht kommen, bestimmt werden.

„Zur Lösung all' dieser Fragen ist mündlicher Gedankenaustausch nötig. Deutschland erkennt seine Verpflichtung, Wiedergutmachung zu leisten, an. Die deutsche Regierung ersucht deshalb nochmals um Einberufung einer Konferenz, um zu entscheiden, wie den Verpflichtungen am besten genügt werden kann."

Poincare immer noch bockbeinig.

Paris, 12. Juni. — Die deutsche Reparationsofferte, die in der heutigen Note an die Alliierten ergänzt wird, ist, wie in Regierungskreisen erklärt wurde, nicht annehmbar. Es wird betont, daß nicht genügend Entgegenkommen gezeigt wird, und daß Frankreich die Note nicht einmal mit Deutschland durchbergten könne, weil in Brüssel beschlossen sei, daß der passive Widerstand im Ruhrgebiet aufhören müsse, ehe neue Unterhandlungen beginnen können.

Die Note ist, wie geltend gemacht wird, aus folgenden vier Gründen nicht zufriedenstellend:

Erstens, weil in derselben die Einstellung passiven Widerstandes nicht erwähnt wird.

Zweitens, weil Deutschland keine definitive Summe zur Begleichung aller Forderungen nennt.

Drittens, weil Deutschland eine unparteiische internationale Kommission vorschlägt, um den Gesamtbetrag der Wiedergutmachung vorzuschlagen, und dadurch den Versailles-Vertrag verletzt, unter dem die Reparationskommission mit dieser Aufgabe betraut wurde.

Viertens, weil die Vorschläge für Garantien zwar in Betracht gezogen werden könnten, doch nur dann, wenn Deutschland sich bereit erklären sollte, solche Garantien von den Alliierten verwalten zu lassen. Frankreich könne keine zufriedenstellenden Resultate erwarten, falls Dutschland die Garantien verwalte.

Die Franzosen sind noch nicht davon überzeugt, daß Deutschland nicht imstande ist, zu zahlen. Sie behaupten, daß sie gesehen haben, wie die Deutschen in Luxus leben und deshalb ihren Verpflichtungen nachkommen könnten.

Premier Poincare hatte eine längere Konferenz mit Präsident Millerand, in der er über die Beratungen mit den belgischen Staatsmännern in Brüssel berichtete. Die Art und Weise, wie auf die deutsche Note geantwortet werden soll, hängt, wie betont wurde, von anderen Alliierten ab. Frankreich ist bereit, einer gemeinsamen Antwort beizutreten, aber die Ansichten müssen im Einklang mit der französischen Stellungnahme stehen.

Auch der Wiedergutmachungskommission wurde eine Abschrift der deutschen Note übermittelt.

Die Landwirtschaftliche Genossenschafts-Bewegung in den Ver. Staaten

Im Zeichen des Fortschritts.

Washington, 12. Juni. — Bezugnehmend auf die gewaltige Ausdehnung der Genossenschaftsunternehmungen, die die Farmer der Vereinigten Staaten in der letzten Zeit gegründet haben, gibt das Bundeslandwirtschafts-Departement bekannt, daß einer ihrer Beamten, Herr Christ L. Christensen, soeben von Europa zurückgekehrt ist, wo er die verschiedenen landwirtschaftlichen Genossenschaften studiert hat. Herr Christensen hielt sich in elf europäischen Ländern auf. Während seiner Anwesenheit in Dänemark traf er Volkswirtschafter aus allen Teilen der Welt, die dorthin geschickt worden waren, um die genossenschaftlichen Methoden der dänischen Landwirte kennen zu lernen.

Ueber die deutschen Genossenschaften läßt sich Herr Christensen wie folgt aus: „Zu den am besten entwickelten landwirtschaftlichen Genossenschaften in Deutschland gehören die ländlichen Kreditgenossenschaften. Diese Einrichtungen haben eine 60jährige Erfahrung hinter sich und werden heute noch als die Hauptstütze des landwirtschaftlichen Genossenschafts-Wesens Deutschlands angesehen. Trotz des Weltkrieges haben sich diese Genossenschaften beständig vermehrt und große Reserven angehäuft. Die Entwertung der Mark hat diese Reserven jedoch fast aus der Welt geschafft. Im südlichen Teile der deutschen Republik gibt es eine andere Form des Genossenschaftswesens, nämlich die Verkaufsgenossenschaften, die vor dem Kriege den bayerischen Bauern wirtschaftlich befreiten. Während des Krieges und nach demselben waren diese Genossenschaften Regierungsorgane, da der gewöhnliche Getreidehandel so gut wie ausgeschaltet worden ist. Die große Entwertung der deutschen Mark in den letzten 5 oder 6 Monaten hat zu einem beunruhigenden Mangel an landwirtschaftlichen Kredit in Deutschland geführt."

Herr Christensen studierte gründlich die landwirtschaftlichen Genossenschaften in Dänemark und hielt sich mehrere Wochen lang in England auf, wo er den Verkauf der dänischen Produkte beobachtete. Er untersuchte ebenfalls die landwirtschaftlichen Genossenschaften in Schweden und Finnland, sowie gewisse Phasen der Genossenschaftsbewegung in Deutschland, Tschechoslowakien und der Schweiz. Ein von ihm verfaßter Bericht über die dänische Landwirtschaft, ihre Organisation, ihre Genossenschaftsbewegung wird von dem Bundeslandwirtschafts-Department demnächst herausgegeben werden.

Peter Jansen gestorben

Beatrice, Nebr., 12. Juni. — Peter Jansen, ein ehemaliger Senator Nebraska, der auch in Canada in Verbindung mit seinen Bemühungen, Mennoniten und Duchoborzen anzusiedeln, sehr bekannt war, ist hier gestorben und wurde am Samstag beerdigt. Der Verstorbene kam mit seinem Vater Cornelius Jansen im Jahre 1873 aus Rußland nach Canada; beide reisten aber im folgenden Jahre nach den Ver. Staaten und verhandelten mit dem damaligen Präsidenten General Grant über Ansiedlungspläne der Mennoniten in den Ver. Staaten. Peter Jansen war auch ein Mitglied der Saskatchewan Valley und Manitoba Land Co. und besaß zehn Sektionen Land im Rothern Distrikt, die er im Jahre 1903 zum Preise von $3.50 per Acker von der Eisenbahn-Gesellschaft kaufte.

Massenverhaftungen in Tschechoslowakien

Tokio, 12. Juni. — Das japanische Kabinett hat beschlossen, dem russischen Abgesandten Joffe, der sich zur Zeit in Japan aufhält, bestimmte Bedingungen zu unterbreiten, unter denen die Regierung geneigt sein würde, die Verhandlungen mit dem Soviet wieder aufzunehmen.